

Die US-Streitkräfte führen nach den illegalen Übergriffen in Pakistan jetzt auch einen völkerrechtswidrigen Hubschrauber-Angriff auf syrisches Gebiet durch.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 211/08 – 01.11.08**

Die USA bezeichnen Überfall als Warnung an Syrien

Soldaten in Hubschraubern

hätten einen führenden irakischen Aufständischen gejagt, sagen Offizielle

Von Ann Scott Tyson und Ellen Knickmeyer

WASHINGTON POST, 28.10.08

(<http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2008/10/27/AR2008102700511.html>)

US-Soldaten in Hubschraubern seien am Wochenende etwa vier Meilen auf syrisches Gebiet vorgedrungen, um Jagd auf den Chef eines Netzwerks zu machen, das ausländische Kämpfer durch Syrien in den Irak schleust. Sie hätten ihn getötet oder verwundet und mehrere bewaffnete Männer erschossen, teilten US-Offizielle am Montag mit.

US-Vertreter beklagen sich schon lange darüber, dass die syrische Regierung arabische Kämpfer durch ihr Land in den Irak gelangen lasse. Seit letztem Jahr haben hohe (US-)Militärführer Syrien aber auch für seine Anstrengungen gelobt, den Zustrom einzudämmen. In den letzten Monaten sollen nach offiziellen Schätzungen monatlich nur noch etwa 20 Kämpfer über Syrien bis in den Irak vorgedrungen sein; im Jahr 2006 seien es jeden Monat mehr als 100 gewesen.

Wie von offizieller Seite durchsickerte, sollte der Überfall am Sonntag eine Warnung für die syrische Regierung sein; erstmals wurde nämlich zugegeben, dass US-Bodentruppen auch in Syrien operieren. "Es muss auch gegen die globale Bedrohung vorgegangen werden, die sich hinter unserem Rücken aufbaut. Wenn das nicht geschieht, bleibt uns keine andere Wahl, als die Angelegenheit selbst zu regeln," äußerte ein höherer US-Offizieller, der wegen dieses heiklen grenzverletzenden Angriffs anonym bleiben wollte.

Die Vereinigten Staaten haben ähnliche Rechtfertigungen für die jüngsten grenzüberschreitenden Überfälle auf pakistanisches Gebiet vorgebracht, wo neben (mit Predator-Drohnen vorgetragenen) Raketenangriffen auch mindestens ein mit Hubschraubern durchgeführter Überfall auf Mitglieder der aufständischen Taliban stattgefunden hat (s. LP 166/08). "Wenn wir Zielpersonen lokalisieren und identifizieren können, setzen sie sich auch der Gefahr aus, wie in Pakistan angegriffen zu werden," sagte der höhere Offizielle.

Der syrische Außenminister Walid al-Moualem nannte die Operation am Sonntag "eine kriminellen und terroristische Aggression", bei der sieben Zivilisten getötet worden seien. Vor Reportern in London sagte er, die Bush-Administration betreibe eine "Wildwest-Politik", könne aber noch nicht einmal ihre eigene Grenze zu Mexiko sichern.

Das Büro des französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy äußerte in einer Erklärung "ernste Besorgnis" wegen des Übergriffs und beklagte die syrischen Opfer. Frankreich und andere westliche Regierungen hatten in letzter Zeit die von Syrien verfolgte Politik be-

grüßt, da sie auch direkte Friedensgespräche mit Israel einschließt. Auch Russland verurteilte den Vorfall.

Der Angriff wurde von US-Soldaten mit vier Hubschraubern in einem abgelegenen Gebiet auf verstreut liegende Gebäude durchgeführt und diente der Suche nach einem irakischen Aufständischen, den das US-Finanzministerium im Februar einmal als Schlüsselfigur für den Transfer von Waffen, Geld und Kämpfern in den Irak bezeichnet hatte. Offizielle des Finanzministeriums gaben als seinen vollen Namen Badran Turki Hishan al-Mazidih an und als seinen Spitznamen Abu Ghadijah. Er soll die Al-Qaida-Gruppe im Irak gegründet haben, und Abu Musab al-Zarqawi hatte ihn 2004 als Logistik-Chef der Al-Qaida in Syrien bezeichnet. (Abu Musab al-Zarqawi soll Anführer der Al-Qaida im Irak gewesen und 2006 bei einem US-Luftangriff getötet worden sein.)

Nach Aussage des höheren Offiziellen hätten die US-Soldaten nach der Landung der Hubschrauber "das Feuer auf mehrere bewaffnete Männer eröffnet, die sie bedrohten". Der Offizielle wollte sich nicht dazu äußern, ob Mazidih im Kampf getötet oder nur verwundet wurde. Nach Äußerungen anderer Offizieller, die am Montag in verschiedene Medien zitiert wurden, soll er getötet worden sein.

(Der syrische Außenminister) Moualem sagte, der US-Trupp sei in einem bäuerlichen Anwesen gelandet und habe einen Vater mit seinen drei Kindern, einen Wächter der Farm mit seiner Frau und einen Fischer getötet.

Das Netzwerk, das Mazidih betrieben haben soll, schmuggelte Hunderte ausländischer Kämpfer in den Irak, von denen viele zu Selbstmordattentätern geworden seien, behaupteten Offizielle und Analysten. "Er hat eines der größten und wirkungsvollsten Netzwerke zum Transfer von ausländischen Kämpfern durch Syrien betrieben und ist direkt verantwortlich für die Einschleusung Hunderter Kämpfer, die Tausende Iraker töteten," teilte der höhere Offizielle mit.

Das US-Militär habe lange Geduld bewiesen, meinte er und fuhr fort: "Aber irgendwann kann man es nicht länger zulassen, dass diese Burschen über die Grenze kommen und massenweise Iraker umbringen – oder noch schlimmer – die eigenen Soldaten."

Bei einem militärischer Überfall waren im Sommer 2007 in einem Haus in der nahe der syrischen Grenze gelegenen irakischen Stadt Sinjar eine Menge Unterlagen über Netzwerke erbeutet worden, die angeblich ausländische Kämpfer in den Irak schmuggeln sollen.

Bei den Dokumenten seien Listen der Al-Qaida im Irak gewesen, in denen mehr als 500 über Syrien gekommene Kämpfer aufgeführt waren, gab das Combating Terrorism Center (das Terrorismus-Bekämpfungszentrum) in der US-Militärakademie West Point im Staat New York an; dort hatten zivile Analysten die Dokumente geprüft und ihre Erkenntnisse in einem Report veröffentlicht, der im Juli erschienen war.

Aus den Dokumenten ging hervor, dass mindestens 95 syrische "Koordinatoren" am Transfer der ausländischen Kämpfer beteiligt waren. Viele von ihnen stammen aus Schmugglerfamilien, die zu Beduinen- und anderen syrischen Stämme gehören. Die meisten scheinen eher gegen Bezahlung als aus ideologischer Sympathie mit der irakischen Al-Qaida zusammenzuarbeiten.

Viele der (eingeschleusten) Rekruten hatten ihren Partnern im Irak berichtet, sie seien über die syrische Hauptstadt Damaskus eingereist und dann über das Gebiet Abu Kamal

in der Nähe der Grenze in den Irak gebracht worden. Der Überfall am Sonntag geschah in Abu Kamal.

US-Offiziere nennen die syrischen Schmuggelwege seit langem "Ratlines". (Das sind eigentlich die Strickleitern zwischen den Wanten an den Masten eines Segelschiffs, an denen auch Ratten in die Höhe klettern können.) Die US-Streitkräfte erlitten in der Anbar-Provinz im Westen des Iraks in den Jahren 2006 und 2007 mit die höchsten Verluste, als sie versuchten, die irakische Al-Qaida aus den Orten an der Grenze zu vertreiben und das Einschmuggeln von Kämpfern, Waffen und Geld zu unterbinden.

Die syrische Regierung habe ausländische Kämpfer, die in den Irak wollten, bewusst ignoriert und in einigen Fällen sogar unterstützt, wird in dem Bericht des Combating Terrorism Centers behauptet.

Syrien habe aber auch einige Anstrengungen unternommen, den Schmuggel zu unterbinden, bis hin zur Jagd auf einzelne Koordinatoren, die libysche Kämpfer in den Irak zu schleusen versuchten, teilte Brian Fishman, ein führender Autor des Reports, mit.

Man könne die syrische Regierung zwar nicht völlig freisprechen, ihre Einwirkungsmöglichkeiten an der Grenze seien aber eingeschränkt, weil der Staat dort nicht so stark sei wie in anderen Landesteilen, fügte er hinzu.

Der syrische Präsident Baschar al-Assad gehöre zur religiösen Minderheit der (schiitischen Sekte der) Alawiten und herrsche über ein mehrheitlich sunnitische Land. Deshalb schwanke seine Regierung zwischen Versuchen, das Schmuggelnetzwerk und die Verbindung zu den sunnitischen Al-Qaida-Partnern im Irak zu zerschlagen oder einfach nur zuzuschauen, ergänzte Fishman.

"Auf lange Sicht steht die alawitische Regierung sicher nicht auf der gleichen Seite wie das al-Qaida-nahe Netzwerk," sagte Fishman, "in gewisser Weise spielt Al-Qaida mit dem Feuer."

Die Regierung behauptet, Al-Qaida ziele auch auf Syrien und bezieht sich dabei auf den tödlichen Bombenanschlag, der in diesem Sommer in Damaskus verübt wurde.

Im Falle Pakistans haben die Vereinigten Staaten den grenzüberschreitenden Artilleriebeschuss, die Raketenangriffe und den – mindestens – einen Hubschrauber-Überfall vom 3. September als Akte der Selbstverteidigung gerechtfertigt.

"Wir werden alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um unsere Truppen zu schützen," hatte Verteidigungsminister Gates letzten Monat bei einer Anhörung im Senat gesagt, als er nach den grenzüberschreitenden Aktivitäten gefragt wurde. Auf Nachfragen flüchtete sich Gates in die Aussage, er sei kein Völkerrechts-Experte, nehme aber an, das Außenministerium habe die entsprechenden Gesetze geprüft, bevor es dem US-Militär solche Überfälle erlaubte.

Nach einer bei den US-Streitkräften und Geheimdiensten seit Jahren allgemein verbreiteten Auffassung sind solche Überfälle gerechtfertigt, wenn ein Land nicht bereit oder unfähig ist, das eigene Gebiet zu kontrollieren oder Bedrohungen abzustellen, die von seinem Territorium ausgehen. Mit solchen Eingriffen könnten die Vereinigten Staaten diese Länder zu eigenen Aktivitäten anstacheln, äußerten Offizielle.

Anthony Cordesman zitiert das Argument der Militärs: "Wer auf seine Souveränität pocht, muss sie auch durchsetzen." Der Militäranalyst vom Center for Strategic and International Studies, erläutert diese Auffassung wie folgt: "Wer es mit Staaten zu tun hat, die ihre Souveränität nicht durchsetzen und faktisch zur Zufluchtsstätte (für Terroristen) werden, hat nur die Möglichkeit, zu solchen Operationen zu greifen."

Frau Knickmeyer hat aus Kairo berichtet. Die Autorin Karen DeYoung aus Washington, der Korrespondent Ernesto Londoño und die Spezial-Korrespondenten K. I. Ibrahim und Zaid Sabah aus Bagdad haben zu diesem Artikel beigetragen.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Hervorhebungen und Anmerkungen in Klammern versehen. Nach unserem Kommentar folgt der Originaltext.)

Unser Kommentar

Der syrische Außenminister hat völlig Recht. Die Bush-Administration setzt noch stärker als die anderen Regierungen vor ihr bei der Durchsetzung US-amerikanischer Interessen vor allem auf das Faustrecht des Wilden Westens. Die Souveränität anderer Staaten und das Völkerrecht werden ständig mit Füßen getreten. Weil man sich militärisch überlegen fühlt, glaubt man sich alles erlauben zu können.

Auch die nächste US-Regierung unter McCain oder Obama wird versuchen, diesen rücksichtslosen aggressiven Kurs fortzusetzen (s. LP 209/08).

Bundestag und Bundesregierung müssen endlich von unserer bei der Wiedervereinigung erlangten vollen Souveränität Gebrauch machen und alle völkerrechts- und verfassungswidrigen Aktivitäten der US-Streitkräfte auf unserem Territorium unterbinden.

washingtonpost.com

U.S. Calls Raid a Warning to Syria

Copter-Borne Troops Targeted Key Iraqi Insurgent, Officials Say

By Ann Scott Tyson and Ellen Knickmeyer

Washington Post staff writers

Tuesday, October 28, 2008; A01

U.S. troops in helicopters flew four miles into Syrian territory over the weekend to target the leader of a network that channels foreign fighters from Syria into Iraq, killing or wounding him and shooting dead several armed men, U.S. officials said Monday.

U.S. officials have long complained that the Syrian government has allowed Arab fighters to pass through the country to enter Iraq, but since last year, top military leaders have praised Syrian efforts to curb the flow. In recent months, officials have estimated that as few as 20 fighters a month have been crossing into Iraq, down from more than a hundred a month in 2006.

But officials said the raid Sunday, apparently the first acknowledged instance of U.S. ground forces operating in Syria, was intended to send a warning to the Syrian government. "You have to clean up the global threat that is in your back yard, and if you won't do that, we are left with no choice but to take these matters into our hands," said a senior U.S. official, who spoke on the condition of anonymity because of the sensitivity of the cross-border strike.

The United States has offered similar justifications for recent cross-border strikes in Pakistan, where it has launched missile attacks and at least one air assault against suspected members of Afghanistan's Taliban insurgency. "As targets present themselves, and are identified. ... they become more and more at risk. Just like in Pakistan, there will be steps taken to deal with it," the senior official said.

Syrian Foreign Minister Walid al-Moualem called the operation Sunday a "criminal and terrorist aggression" that killed seven civilians. Speaking to reporters in London, he said Bush administration officials were following "the policy of cowboys" and noted that the United States has been unable to seal its own border with Mexico.

The office of French President Nicolas Sarkozy issued a statement expressing "serious concerns" about the raid and the loss of Syrian lives. Syria has lately embarked on policies that France and other Western governments have viewed favorably, including indirect peace talks with Israel. Russia also voiced concern about the operation.

In the raid, four helicopters carrying U.S. troops flew into an isolated area of scattered residences and buildings in search of an Iraqi insurgent whom the U.S. Treasury designated in February as a key facilitator of the transfer of weapons, money and fighters into Iraq. Treasury officials gave his full name as Badran Turki Hishan al-Mazidih and his nickname as Abu Ghadiyah, and said that the founder of the insurgent group al-Qaeda in Iraq, Abu Musab al-Zarqawi, had named him the organization's commander for Syrian logistics in 2004.

On the ground, U.S. troops disembarked and opened fire to kill "several armed males who posed a threat to U.S. forces," according to the senior official. The official declined to say whether Mazidih was killed or injured in the fighting. Other unnamed U.S. officials were quoted in news media accounts Monday as saying he had been killed.

Moualem said U.S. troops landed at a farm where they killed a father and his three children, the farm's guard and his wife, and a fisherman.

The network run by Mazidih has smuggled hundreds of foreign fighters into Iraq, including many who became suicide bombers, officials and analysts said. "He ran one of the largest and most productive foreign fighter networks out of Syria" and was "directly responsible for hundreds of foreign fighters who killed thousands" of Iraqis, the senior official said.

The U.S. military has shown patience, the official said, but "eventually you can't wait for guys like that to come back across the border and kill scores of Iraqis or, worse, your own forces."

A summer 2007 U.S. military raid on a suspected al-Qaeda in Iraq house in the Iraqi town of Sinjar, near Syria, yielded a wealth of information about alleged Syrian smuggling networks used to move foreign fighters into Iraq.

The documents included al-Qaeda in Iraq records of more than 500 foreign fighters who had entered from Syria, according to the Combating Terrorism Center at the U.S. Military Academy at West Point, N.Y., where civilian analysts are examining the documents. A July report made public their latest findings.

The documents indicated that at least 95 Syrian "coordinators" were involved in moving the foreign fighters. Many of the coordinators were from smuggling families in Bedouin clans and other Syrian tribes. A number of them appeared to be cooperating with al-Qaeda in Iraq for pay rather than out of ideological sympathy.

Many recruits reported to their handlers in Iraq that they had passed through Damascus, Syria's capital, and then an area near the Iraqi border called Abu Kamal. Sunday's raid occurred in Abu Kamal.

U.S. officers long have called the Syrian smuggling routes "ratlines." American forces in western Anbar province sustained some of the highest losses of the war in 2006 and 2007, as U.S. troops fought to drive out al-Qaeda in Iraq from border towns and shut down the smuggling of fighters, weapons and money.

The "Syrian government has willingly ignored, and in some cases may have assisted, foreign fighters headed to Iraq," according to the report of the Combating Terrorism Center.

But Syria has also made some efforts to curtail the smuggling, including instances of chasing coordinators taking Libyan fighters into Iraq, according to Brian Fishman, a lead author of the report.

Certainly, "the Syrian government doesn't deserve a pass on this," he said. "But there are some things that limit their ability to act out there. The state is not as strong there as it is in other parts of the country."

Syrian President Bashar al-Assad is a member of the Alawite religious minority, ruling over a majority-Sunni country. The government varies between trying to crack down on the smuggling networks, and their Sunni al-Qaeda in Iraq partners, and simply trying to monitor them, Fishman said.

"Over the long run I think it's clear an Alawite government and an al-Qaeda-style network are not on the same side of history," Fishman said. "They're playing with fire to a certain extent."

Syria says it too has been targeted by al-Qaeda, citing a deadly bombing in Damascus this summer.

In the case of Pakistan, the United States has justified cross-border artillery and missile strikes and at least one ground raid -- a widely publicized helicopter-borne assault on Sept. 3 -- as acts of self-defense.

"We will do what is necessary to protect our troops," Defense Secretary Robert M. Gates said in Senate testimony last month, when asked about the cross-border operations. Under questioning, Gates said that he was not an expert in international law but that he assumed the State Department had consulted such laws before the U.S. military was granted authority to make such strikes.

More broadly, U.S. military and intelligence officials and analysts have asserted for years that such strikes are justified if a country is unwilling or unable to control its own territory or the threats emanating from inside its borders. U.S. strikes can goad such countries into action, officials say.

The military's argument is that "you can only claim sovereignty if you enforce it," said Anthony Cordesman, a military analyst at the Center for Strategic and International Studies. "When you are dealing with states that do not maintain their sovereignty and become a de facto sanctuary, the only way you have to deal with them is this kind of operation," he said.

Knickmeyer reported from Cairo. Staff writer Karen DeYoung in Washington and correspondent Ernesto Londoño and special correspondents K.I. Ibrahim and Zaid Sabah in Baghdad contributed to this report.